

## 26.

**Die Anwendbarkeit der §§ 184, 41 StGB. auf Vorführungen unzüchtiger kinematographischer Films.**

Von Gerichtsassessor Dr. Albert Hellwig in Berlin-Friedenau.

Wenngleich es, soweit mir bekannt, in der Praxis noch niemals streitig geworden ist, ob die §§ 184 und 41 StGB. auch auf unzüchtige kinematographische Films, welche in einem Kinematographentheater vorgeführt werden sollen, Anwendung finden, ist es doch vielleicht nicht uninteressant, diese Frage einmal zu behandeln, da sich theoretisch gewisse Bedenken ergeben und da andererseits die Praxis der Gerichte, die mir aus einer ganzen Reihe von Urteilen bekannt ist, welche ich auf dem Berliner Polizeipräsidium eingesehen habe, zu einigen Bemerkungen Anlaß gibt.

Daß kinematographische Films unzüchtig sein können und daß Kinematographentheater Orte darstellen, welche dem Publikum zugänglich sind, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich freilich erscheint es, daß die Vorführung der Films mittels des Kinematographen auch eine Verbreitung der Films ist.

In Wirklichkeit ist diese Frage allerdings keineswegs so einfach, wie sich schon daraus ergibt, daß nach der heute fast allgemein anerkannten Meinung die kinematographische Vorführung von Films keine Verbreitung des Films im Sinne des Reichspressgesetzes bedeutet<sup>1)</sup>. Aus welchen Gründen das Reichspressgesetz Anwendung nicht findet, ist allerdings streitig. Das Oberverwaltungsgericht vertritt die Ansicht, die kinematographische Vorführung sei deshalb keine Verbreitung des Films im Sinne des Pressgesetzes, weil sie über das Ausstellen hinausgehe, da ein neues auf dem Film nicht vorhandenes Bild, nämlich das lebende Bild, erzeugt werde. Ich dagegen halte

<sup>1)</sup> Ich verweise nur auf meine Arbeit über „Die Kinematographenzensur“ in den „Annalen des Deutschen Reiches“ 1910 S. 100 ff., über „Filmzensur und Reichspressgesetz“ in dem „Archiv für öffentliches Recht“ 1911 S. 114 ff. und über „Die pressrechtliche Kontroverse über die Filmzensur“ (Zeitschrift f. Polizei- u. Verwaltungsbeamte XXI S. 289 ff., 305 ff.) sowie auf Werth, „Öffentliches Kinematographenrecht“ (Erlanger Diss. 1910) S. 21 ff. und Müller-Sanders, „Die Kinematographenzensur in Preußen“ (Heidelberger Diss. 1912) S. 49 ff.

diese Ansicht nicht für haltbar und lehne die Anwendbarkeit des Preßgesetzes nur deshalb ab, weil der Zuschauer nicht den Film selbst sieht, sondern nur seine Projektion, also nicht Gelegenheit hat, den Gedankeninhalt des Films aus diesem selbst zu entnehmen.<sup>2)</sup> Dies wäre aber nach der, allerdings nicht unbestrittenen, Meinung erforderlich, wenn die kinematographische Vorführung eine Verbreitung des Films darstellen sollte.

Wenn der Begriff der Verbreitung nach dem Reichspreßgesetz und nach dem Strafgesetzbuch derselbe wäre, so würde — wenn man nicht gerade Reicherts Ansicht folgt, daß die kinematographische Vorführung eine Verbreitung im Sinne des Preßgesetzes darstellt<sup>3)</sup> — welcher Theorie man auch folgen würde, feststehen, daß die kinematographische Vorführung des Films niemals eine Verbreitung desselben, auch nicht im strafrechtlichen Sinne, bedeuten könnte und daß deshalb von der Anwendbarkeit des § 184 StGB. jedenfalls keine Rede sein könnte.

Daß dies außerordentlich bedauerlich wäre, da wohl die unzünftige Wirkung einer Abbildung auf keine andere Weise so raffiniert gestaltet werden kann als durch die kinematographische Vorführung, bedarf keiner weiteren Ausführung. Doch werden wir uns hüten müssen, diesen rechtspolitischen Erwägungen irgendwelchen Einfluß auf unsere dogmatischen Erörterungen zu gestatten.

So weit mir bekannt ist, hat die Praxis die Frage der Anwendbarkeit des § 184 StGB. von Anfang an bejaht, ohne sich freilich in Auseinandersetzungen darüber einzulassen, aus welchen Gründen die kinematographische Vorführung eine Verbreitung des Films im Sinne des § 184 StGB. darstelle und weshalb der strafrechtliche Begriff des Verbreitens von dem preßrechtlichen verschieden sei. Auch das Reichsgericht hat sich bekanntlich schon vor Jahren mit dieser Frage befaßt und hat sie bejaht<sup>4)</sup>, allerdings leider gleichfalls, ohne sich auf eine ausführlichere Erörterung einzulassen. Das Reichsgericht führt aus, daß durch die kinematographische Vorführung der Film, also eine Abbildung, ausgestellt werde, da die Ausstellung von Bildern

<sup>2)</sup> Meine Theorie darf ich jetzt als die herrschende bezeichnen. Vgl. meine „Rechtsquellen des öffentlichen Kinematographenrechts“ (München-Glabbad 1913) Einleitung S. 24.

<sup>3)</sup> Reichert, „Beaufsichtigung der Kinematographen“ (Preussisches Verwaltungsblatt 1908 S. 469).

<sup>4)</sup> Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen Bd. 39 S. 183.

diejenigen Akte umfasse, durch die ein Stück oder mehrere Stücke der Abbildung dem Anblick zugänglich gemacht würden. Galli<sup>5)</sup> hat sich ohne weitere Begründung zustimmend zu dieser Entscheidung geäußert. Cohn erwähnt dies Urteil gleichfalls, aber ohne zu ihr vom dogmatischen Standpunkt aus Stellung zu nehmen<sup>6)</sup>. Reichert hält das Urteil des Reichsgerichts offenbar auch für richtig<sup>7)</sup>. Die Landgerichte Breslau und Liegnitz, auf deren „divergierenden Standpunkt“ Cohn<sup>8)</sup> hinweist, haben gleichfalls die Zulässigkeit der Anwendung des § 184 StGB. auf kinematographische Vorführungen nicht in Abrede gestellt, sind vielmehr nur verschiedener Ansicht gewesen über die Frage, ob ein bestimmter Film als unzüchtig zu betrachten sei.

Werth allein hat sich etwas ausführlicher mit der Frage beschäftigt, ob kinematographische Vorführungen tatsächlich eine Verbreitung des Films seien. Er führt aus, es lasse sich nicht verkennen, daß § 184 StGB. vielleicht eine größere Dehnbarkeit besitze als die nach der Natur des Pressegesetzes einschränkend auszulegenden §§ 1 bis 3 des Reichspressgesetzes. Jedoch sei zu beachten, daß nach den Motiven zum Pressegesetz<sup>9)</sup> absichtlich das Verbreiten im Sinne des Pressegesetzes dem Ausstellen, Anschlagen und Auslegen des § 184 StGB. angepaßt werden sollte. „Die Frage, ob der Film als bildliche Darstellung ausgestellt worden ist, wird demnach sowohl für das Strafrecht als das Presserecht gleichmäßig zu beantworten sein, zumal hierfür rein tatsächliche Erwägungen maßgebend sind, wie sie auch das Reichsgericht in seiner Entscheidung anstellt.“<sup>10)</sup> Hiernach müßte also Werth annehmen, daß das Reichsgericht auch auf dem Standpunkte der von Werth vertretenen Theorie bezüglich der Auslegung des Begriffs Verbreiten nach dem Pressegesetz stehe. Dementsprechend fährt er denn auch fort: „Daß von ihm dabei derselbe Ausgangspunkt genommen wird, von dem auch hier ausgegangen ist, ergibt sich daraus, daß gerade in dieser Entscheidung gesagt ist, unter ‚Ausstellen‘ sei

<sup>5)</sup> Galli in der Deutschen Juristen-Zeitung Bd. 12 S. 516.

<sup>6)</sup> Cohn, „Kinematographenrecht“ (Berlin 1909) S. 15.

<sup>7)</sup> Reichert a. a. O. S. 469 f.

<sup>8)</sup> Cohn a. a. O. S. 40 Anm. 94.

<sup>9)</sup> Stenographische Berichte des Reichstages, Session 1874, Bd. 111 S. 139.

<sup>10)</sup> Werth, „Öffentliches Kinematographenrecht“ (Erlanger Diss. 1910) S. 27.

ein Zugänglichmachen des Anblicks der Abbildungen zu verstehen. Es ist also anzunehmen, daß das Reichsgericht auch für das Presse-recht das Erfordernis des Ausstellens des Films für erfüllt ansehen würde<sup>11)</sup>. Wenn Werth einerseits betont, daß sein Ausgangspunkt und der des Reichsgerichts derselbe sei, also anscheinend doch, daß seine Theorie sich mit der des Reichsgerichts vereinbaren lasse, und unmittelbar darauf bemerkt, daß das Reichsgericht aller Wahrscheinlichkeit nach die kinematographische Vorführung auch als Ausstellen des Films im Sinne des Pressegesetzes betrachten würde, so scheint mir dies ein unlöslicher Widerspruch zu sein. Ein weiterer Widerspruch scheint mir darin zu liegen, daß Werth an der oben zitierten Stelle dafür eintritt, daß die Begriffe der Verbreitung — also auch die des Ausstellens als einer Abart der Verbreitung — im Pressegesetz und im Strafgesetzbuch miteinander identisch seien und dennoch eingangs seiner Erörterungen ausführt, das Reichsgericht scheine ein Gegner der von ihm vertretenen Theorie, daß die kinematographische Vorführung keine Verbreitung im Sinne des Pressegesetzes sei, doch scheine dies nur so und wenn er dies damit begründet, daß die fragliche Entscheidung des Reichsgerichts nicht auf das Pressegesetz sich beziehe, sondern auf strafrechtlichem Gebiet ergangen sei<sup>12)</sup>.

In Wirklichkeit ist die Sachlage so, daß das Reichsgericht die kinematographische Vorführung für eine Verbreitung des Films im Sinne des § 184 StGB. hält, Werth dagegen — und meines Erachtens durchaus mit Recht — sie nicht für eine Verbreitung im Sinne des Pressegesetzes erachtet. Geht man also mit Werth von der Auffassung aus, daß der presserechtliche und strafrechtliche Begriff des Verbreitens miteinander identisch seien, so wird nichts übrig bleiben, als anzunehmen, daß das Reichsgericht in der presserechtlichen Frage auf einem entgegengesetzten Standpunkt steht als Werth und die herrschende Meinung.

Zu dieser Annahme liegt aber meines Erachtens ein ausreichender Grund nicht vor, denn der presserechtliche und der strafrechtliche Begriff des Verbreitens sind durchaus nicht notwendig miteinander identisch. <sup>13)</sup>

<sup>11)</sup> Ebendort.

<sup>12)</sup> Werth a. a. O. S. 26.

<sup>13)</sup> Ebenso auch Müller-Sanders in seiner mir erst nachträglich bekannt gewordenen Heidelberger Diss. S. 69 ff. Ebenso wohl auch Mah, „Die Anwendung des § 184 Ziff. 1 Strafgesetzbuchs auf kinematographische Vorführungen“ (Ztschft. f. Polizei- und Verwaltungsbeamte XX S. 369).

Zwar ist es richtig, daß sich nach den Motiven das Preßgesetz absichtlich einer Definition des Begriffes des Verbreitens enthalten hat, und zwar einmal, weil eine erschöpfende Begriffsbestimmung doch nicht zu geben sei, und andererseits, um nicht mit der an andere Gesetze, und zwar nicht nur an das von Werth allein erwähnte Strafgesetzbuch, sondern auch an das Gesetz über das Urheberrecht an Schriftwerken anknüpfenden Spruchpraxis in Widerspruch zu geraten<sup>14)</sup>. Unter den Begriff des Verbreitens im Sinne des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie fällt die kinematographische Vorführung des Films jedenfalls zweifellos nicht, denn in den §§ 15 und 31 dieses Gesetzes ist das Verbreiten eines Werkes von dem Vorführen mittels mechanischer oder optischer Einrichtungen ausdrücklich unterschieden<sup>15)</sup>. Doch auch wenn man dies nicht als Gegenargument gegen die Behauptung, daß die Begriffe des Verbreitens im Sinne des Preßgesetzes und des Strafgesetzes miteinander notwendigerweise übereinstimmen müßten, verwenden will, ist die Werthsche Auffassung doch nicht haltbar, denn einmal ergibt sich aus den Motiven lediglich, daß der Gesetzgeber nicht wollte, daß eine von dem Begriff des Verbreitens nach Urheberrecht und nach Strafrecht abweichende Definition im Gesetze ausdrücklich festgelegt würde, nicht dagegen, daß er beabsichtigt habe, dadurch als seinen Willen zum Ausdruck zu bringen, daß das Verbreiten im Sinne des Preßgesetzes nichts anderes sein solle als das Verbreiten im Sinne des Strafgesetzes oder des Gesetzes über das Urheberrecht, und zweitens ist dieser Wille des Gesetzgebers auf jeden Fall in dem Gesetze nicht zum erkennbaren Ausdruck gekommen und deshalb bei der Auslegung nicht verwertbar<sup>16)</sup>. Mit Recht bemerkt Stenglein<sup>17)</sup> mit Beziehung auf den Begriff des Verbreitens nach Preßgesetz, daß im Prinzip jedes Gesetz aus sich selbst heraus erklärt werden müsse, und das Gleiche gilt natürlich auch für die Auslegung des Begriffes des Verbreitens nach dem

<sup>14)</sup> „Materialien zu dem Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874“ (Berlin 1874) S. 13 f.

<sup>15)</sup> Vgl. meine Abhandlung über die Kinematographenzensur a. a. O. S. 107 und die dortigen Zitate.

<sup>16)</sup> Vgl. Carl Schmitt, „Gesetz und Urteil. Eine Untersuchung zum Problem der Rechtspraxis“ (Berlin 1912) S. 22 ff.

<sup>17)</sup> Stenglein, „Die strafrechtlichen Nebengesetze für das Deutsche Reich“ (3. Aufl. Berlin 1903) S. 596.

Strafgesetz. Deshalb ist der Standpunkt, den wir bei der Untersuchung der uns augenblicklich beschäftigenden Frage einnehmen, vollkommen unabhängig von unserer Stellungnahme zu dem Problem, ob die kinematographische Vorführung eine Verbreitung im Sinne des Preßgesetzes ist oder nicht <sup>18)</sup>.

Man muß daher den Begriff des Verbreitens im Sinne des § 184 StGB. aus sich selbst heraus erklären. Tut man dies aber, so wird man ihn aus dem Wortsinne nicht entnehmen können. Bei der kinematographischen Vorführung ist nämlich eigenartig, daß eigentlich nicht der Film selbst, also die Abbildung, verbreitet wird, denn nicht sie selbst wird von den Zuschauern gesehen, sondern nur die Projektion des Films, das körperlose Lichtbild, welches gewissermaßen nur den Gedankeninhalt des Films wiedergibt, aber nicht seinen Körper zugänglich macht. Wenn man nun vielleicht auch sagen könnte, daß infolgedessen eigentlich nicht die Abbildung selbst verbreitet würde, wie es der Wortlaut der Gesetzesvorschrift verlange, sondern nur die Projektion der Abbildung, so kann diese buchstäbliche Auslegung — welche für die besonderen Verhältnisse des Preßgesetzes vielleicht von Bedeutung sein kann — für das Strafgesetz nicht als maßgebend erachtet werden, denn der Zweck des § 184 StGB. ist doch offenbar der, die Zugänglichmachung des Inhalts von unzüchtigen Schriften usw. für eine größere Menschenmenge durch Strafandrohung zu verbieten. Dieser Zweck würde aber nicht erfüllt, wenn man zwar das Aufstellen von Mutoskopen oder Kallioskopen, in denen bekanntlich schnell hintereinander aufgenommene Photographien so schnell umgeblättert werden, daß der Zuschauer den Eindruck einer Handlung hat, an öffentlichen Orten als unter die Strafandrohung des § 184 StGB. fallend erachten, nicht dagegen das noch gefährlichere Verbreiten unzüchtiger Darstellungen mittels des kinematographischen Vorführungsapparates nur deshalb nicht unter jene Bestimmung unterordnen wollte, weil nicht zugleich auch der Film

<sup>18)</sup> Die Praxis des Oberverwaltungsgerichts in dieser Frage ist widerspruchsvoll: In seiner Entscheidung über die Kallioskopzensur (Entscheidungen Bd. 40 S. 295) beruft es sich auf die Motive zum Preßgesetz und erklärt die Ansicht des Reichsgerichts, daß durch die Kallioskope die Photographien im Sinne des § 184 StGB. verbreitet würden, für maßgebend für den preßrechtlichen Begriff des Verbreitens; in seinen Urteilen über die Filmzensur (Entscheidungen Bd. 52 S. 289; Preuß. Verwaltungs-Bl. Bd. 31 S. 241) hält es trotz der Ansicht des Reichsgerichts ein Verbreiten im preßrechtlichen Sinne nicht für vorliegend.



selbst zugänglich sei. Das Wesentliche, auf das es hier im Strafgesetz doch allein ankommt — bei dem Preßgesetz ist dies möglicherweise anders — ist doch der Gedankeninhalt der Druckschrift, der Abbildung usw., nicht dagegen der Körper der Schrift, Abbildung usw., also das Papier, das Zelluloid usw. Deshalb muß es genügen, wenn Schriften und Abbildungen ihrem Gedankeninhalt nach an öffentlichen Orten verbreitet werden, also beispielsweise eine unzüchtige Schrift vorgelesen oder ein unzüchtiger Film mittels des kinematographischen Vorführungsapparates seinem Inhalte nach dem Publikum gezeigt wird.

Ähnlich führt auch Werth an einer späteren Stelle seiner Arbeit aus: „Die Gründe, die die Anwendung des Preßgesetzes auf die bildliche Darstellung auf der Projektionsfläche ausschließen, nämlich die mangelnde Selbstständigkeit dieser bildlichen Darstellung und der Mangel der Eigenschaft einer Vielfältigung, kommen für das Strafrecht nicht in Betracht. In ersterer Beziehung hat das Reichsgericht selbst in seiner Entscheidung betont, daß der Begriff des Ausstellens oder sonstigen Verbreitens jedenfalls keine längere Zeitdauer des Verbreitens zur Voraussetzung hat, und es kann ferner auch nicht bedenklich sein, daß die Abbildung der festen Verbindung mit einem Gegenstande entbehrt, da jede Art des Verbreitens den Tatbestand des § 184 Nr. 1 erfüllt und ein Verbreiten doch auch hier zweifellos vorgenommen wird. Man kommt also mit dieser Konstruktion vollkommen aus, insbesondere, da auch eine Unbrauchbarmachung des Films als der zur Herstellung der strafbaren Abbildungen bestimmten Platten nach § 41 StGB. in gleichem Umfange zulässig ist, wie wenn man den Film selbst als die strafbare Handlung ansieht. Ein Vorzug der hier vertretenen Ansicht liegt meines Erachtens auch darin, daß hier diejenige Abbildung als die strafbare bezeichnet wird, in der das eigentlich Unzüchtige, dessen öffentliche Verbreitung bestraft werden soll, erst in vollem Maße hervortritt, jedenfalls weit mehr als in der Abbildung auf dem Film, wo den Gestalten noch die natürliche Größe und namentlich die auf der Projektionsfläche in Erscheinung tretende natürliche Bewegung fehlt.“<sup>19)</sup>

Den Ausführungen Werth's über die Anwendbarkeit des § 41 StGB. vermag ich nicht beizustimmen. Zwar bin auch ich der Überzeugung, daß die zur Vorführung bestimmten Filme unter jenen Paragraphen

<sup>19)</sup> Werth a. a. O. S. 53 f.

fallen, aber nicht als Platten, sondern als Abbildungen.<sup>20)</sup> § 41 StGB. bestimmt: „Wenn der Inhalt einer Schrift, Abbildung oder Darstellung strafbar ist, so ist im Urteil auszusprechen, daß alle Exemplare sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen unbrauchbar zu machen sind.“ Werth meint nun offenbar, daß der Positivfilm, der vorgeführt wird, um deswillen nicht als Abbildung anzusehen sei, weil er selbst ja von den Zuschauern nicht gesehen werde, daß er dagegen als zur Herstellung der Abbildung bestimmte Platte aufgefaßt werden könne, weil mit seiner Hilfe ja die Projektion mit strafbarem Inhalt erzeugt werde. Dem kann man nicht beitreten, wenngleich diese Ansicht auf den ersten Blick plausibel erscheint. Als zur Herstellung bestimmte Platte kommt nämlich meines Erachtens nur der Negativfilm in Betracht, mit dessen Hilfe die zur Vorführung bestimmten Positivfilme hergestellt werden. Wenngleich nun den Zuschauern der Positivfilm selbst nicht sichtbar ist, sondern nur seine Projektion, so muß dennoch meines Erachtens der Film und nicht die Projektion als diejenige Abbildung bezeichnet werden, deren Inhalt strafbar ist. Die Projektion ist nichts Selbständiges, sondern nur die getreue Wiedergabe des Inhalts des Films. Insofern hat Reichert Recht, wenn er — allerdings vom Standpunkte des Preßgesetzes aus — die Projizierung des Films lediglich als etwas Mechanisches bezeichnet, wodurch der Inhalt des Films einer größeren Menschenmenge sichtbar gemacht werden könne<sup>21)</sup>. Auch von einem anderen Gesichtspunkt aus kann man den Positivfilm als Abbildung bezeichnen, deren Inhalt strafbar ist. Nach § 184 ist nämlich nicht nur der Kinematographenbesitzer strafbar, der unzüchtige Filme öffentlich vorführt, sondern auch der Fabrikant, der sie zum Zwecke der Verbreitung herstellt oder zu demselben Zweck vorrätig hält, ankündigt oder anpreist, ebenso der Filmverleiher, der sie zum Zweck der Verbreitung vorrätig hält, ankündigt oder anpreist. Es ist also gar nicht zur Strafbarkeit erforderlich, daß der unzüchtige Film kinematographisch vorgeführt wird. Er unterliegt der Beschlagnahme auch dann, wenn er bei dem Filmfabrikanten gefunden wird, denn dieser will ihn dadurch verbreiten, daß er ihn an die Filmverleiher verkauft; ebenso

<sup>20)</sup> Ähnlich Grünbaum, der in seiner mir nachträglich bekannt gewordenen Arbeit über die „Voraussetzungen der Unbrauchbarmachung im Reichsstrafgesetzbuche (§ 41) und den Spezialstrafgesetzen des Reichs“ (Breslau 1913) S. 29, die Filme als „Darstellungen“ bezeichnet.

<sup>21)</sup> Reichert a. a. O.



wenn er bei dem Filmverleiher sich vorfindet, denn dieser will ihn an den Kinematographenbesitzer vermieten oder wohl richtiger verpachten; gleichfalls kann er bei dem Kinematographenbesitzer beschlagnahmt werden, auch wenn er noch nicht vorgeführt worden ist, da er zur Verbreitung, nämlich zur öffentlichen kinematographischen Vorführung seines Inhaltes, bestimmt ist. Daher kommt der Positivfilm immer nur als Abbildung in Betracht, der Negativfilm dagegen als zu seiner Herstellung bestimmte Platte. Deshalb kann auch der Negativfilm unbrauchbar gemacht werden, während Werth zu dem Resultat kommen müßte, daß dies nicht statthaft sei, denn, wenn er die Projektion als die eigentliche Abbildung und den Positivfilm als die zu ihrer Herstellung bestimmte Platte bezeichnet, dann kann er den Negativfilm doch wohl kaum gleichfalls als zur Herstellung der Projektion bestimmte Platte betrachten. Bemerkt werden mag noch, daß der ganze Streit um den Begriff des Verbreitens gegenstandslos ist, sofern sich die Films bei dem Filmfabrikanten oder Filmverleiher befinden, denn hier sind sie bestimmt, körperlich einer unbegrenzten Personenmehrheit weitergegeben zu werden, so daß kein Zweifel darüber entstehen kann, daß dies eine Verbreitung im Sinne des Strafgesetzbuchs und, wie wir gleich hinzufügen wollen, auch im Sinne des Pressegesetzes ist.

Über den Begriff des Unzüchtigen und seine Bedeutung für die unzüchtigen Films macht Werth im Anschluß an die bekannte Entscheidung des Reichsgerichts, daß unzüchtig Bilder nicht nur dann seien, wenn sie unmittelbar durch das, was sie zeigen, das Schamgefühl verletzen, sondern auch dann, wenn sie dies durch das tun, was sie erraten lassen<sup>22)</sup>, die Bemerkung, gerade hierauf werde bei kinematographischen Vorführungen besonders zu achten sein. „Stehen doch dem Verfertiger solcher Films mit Ausnahme des gesprochenen Wortes alle die Mittel für versteckte Andeutungen und Hinweise zu Gebote, mit denen der Verfasser lüsterner Stücke arbeitet, um sie durch die polizeiliche Zensur hindurchzubringen und ihnen doch den Reiz des Pikanten zu erhalten. Hier ist es Sache des Richters, den Absichten des Herstellers auf den Grund zu gehen, und es erscheint mir durchaus angebracht, daß hierbei ein scharfer Maßstab angelegt und namentlich berücksichtigt wird, welchem Publikum der Film im Fall der Nichtbestrafung und Nichtbeschlagnahme vorgeführt wird. Wenn möglich

<sup>22)</sup> Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen Bd. 35 S. 134.

geschieht dies dann noch unter der Flagge ‚Beschlagnahmt gewesen, aber wieder freigegeben‘. Auf diese Weise ist der Richter in letzter Linie schon heute in der Lage, die Schädlichkeit dieser Institute herabzuminbern.“<sup>23)</sup>

Daß nicht nur der wirklich dargestellte Inhalt, sondern auch die zu erratenden Szenen die Strafbarkeit gemäß § 184 StGB. begründen können<sup>24)</sup>, ist außerordentlich wichtig; leider wird diese Auffassung des Reichsgerichts nicht immer von den Strafkammern genügend beobachtet. Dies zeigt beispielsweise folgendes Urteil der ersten Strafkammer des Landgerichts Landsberg a. W. vom 2. Dezember 1907 gegen den Schausteller B. und den Schaustellergehilfen R. B. wurde wegen Vergehens gegen § 184 StGB. zu 10 M. verurteilt, R. freigesprochen. Der Film „Der verliebte Theaterdirektor“ sowie die zu seiner Herstellung bestimmten Platten und Formen sollten nach dem Urteil unbrauchbar gemacht werden.

B. ist Besitzer eines Kinematographentheaters, während R. in seinem Auftrage und nach seiner Weisung den Apparat bediente. Am 19. August 1907 veranstaltete B. in Landsberg eine Vorstellung, bei der u. a. die Films:

1. ein verliebter Theaterdirektor,
2. das kleine Füßchen (Erlebnis eines Schuhputzers),
3. eine unerwartete Begegnung,

zur Darstellung gelangten.

In dem ersten Film erbittet eine junge Dame von einem alten Theaterdirektor ein Engagement. Da ihre Leistungen ihm nicht genügen, weist er sie ab. Nun beginnt sie mit dem Theaterdirektor zu kokettieren, setzt sich ihm aufs Knie und duldet, daß er ihr das Nieder öffnet und sie auf den entblößten Naden küßt. Dann schickt er sie in ein Nebenzimmer, in das er ihr in aufgeregter Stimmung folgt. Nach einiger Zeit kommt er von dort nur mit Hemd und Unterbeinkleidern angetan ganz erschöpft zurück und sinkt auf einen Sessel nieder.

<sup>23)</sup> Werth a. a. O. S. 54 f.

<sup>24)</sup> Treitel behauptet in seinem soeben erschienenen Aufsatz: „Ist ein Film eine Abbildung im Sinne des § 184 Strafgesetzbuchs?“ (Preuß. Verw.-Bl. Bd. 35 S. 15 f.) § 184 sei nur dann anwendbar, wenn bestimmte Bilder des Films unzüchtig seien, nicht aber, wenn nur die Handlung unzüchtig sei. Ich halte seine Ansicht nicht für richtig, wie ich in der Zeitschrift für Polizei- und Verwaltungsbeamte demnächst näher ausführen werde.

Bald danach erscheint dann das Mädchen, ebenfalls nur mit der leichtesten Unterkleidung angetan, belächelt seine Niedergeschlagenheit, streichelt ihm das Kinn und zeigt zum Schluß triumphierend den von ihm unterschriebenen Engagementsvertrag.

In dem zweiten Film läßt sich eine junge Dame an einer belebten Straßenstelle die Schuhe putzen. Dabei werden die vorübergehenden Herren auf ihre kleinen Füße aufmerksam und folgen ihr auf ihrem weiteren Wege. Schließlich spricht einer sie an und fährt mit ihr nach einer einsamen Waldesstelle, auf der sie sich niedergelassen und in enger Umschlingung leidenschaftliche Flüsse tauschen. Dies letztere beobachtet man besonders am Schlusse des Films, wo nur die Köpfe und die Oberkörper der beiden in starker Vergrößerung sichtbar sind.

Der dritte Film führt zunächst zwei Freunde in lebhafter Unterhaltung vor. Der ältere geht mit einem Blumenstrauß fort und erscheint dann im Zimmer einer nur mit leichter Morgentoilette bekleideten weiblichen Person wieder. Nach kurzer lebhafter Unterhaltung bei ihr entkleidet sich der junge Mann, während die weibliche Person ihm das Bett aufschlägt und dann im Nebenzimmer verschwindet. Der junge Mann deckt sich im Bett völlig zu. Nun erscheint auch der andere Freund, sieht eine Person im Bett liegen, küßt ihr leidenschaftlich die Hand, entkleidet sich hastig und legt sich ebenfalls ins Bett, aus dem der jüngere Mann nunmehr herauspringt. Beide ziehen sich wieder an, verwechseln aber die Anzüge, woraus sich noch einige komische Verwechslungen ergeben.

Die Anklage und der Eröffnungsbeschuß hielten alle drei Bilder für unsittlich, während die Strafkammer nur bezüglich des ersten Bildes zu dieser Feststellung gelangte.

Die Feststellungen über den objektiv unzüchtigen Charakter des Films erübrigt es sich, wiederzugeben, da sie selbstverständlich sind. Sehr interessant ist dagegen, was über die subjektive Seite ausgeführt wird:

„Daß auch der Angeklagte B. das Bewußtsein von dem unsittlichen Inhalt dieser Bilderreihe gehabt hat, folgt einmal daraus, daß er sie nur vor Personen vorführte, die sich als erwachsen, über 18 Jahre alt ausgaben, und dann daraus, daß der betreffende Film in zwei Teile zerschnitten worden ist, und zwar gerade an der Stelle, an welcher der Direktor durch das Kofettieren des jungen Mädchens veranlaßt wird, ihr mit Bärtlichkeiten zu nahen, ihr die Hand zu küssen und sie

auf seine Knie herniederzuziehen. Diese Trennung ermöglicht einmal die Vorführung des ersten allein zweifellos nicht anstößigen Teiles, ermöglichte dann aber auch, wie es vorliegend der Fall war, daß bei der Beschlagnahme zunächst nur der erste Teil des Filmstreifens gefunden wurde, so daß dem zweiten Teile erst noch nachgeforscht werden mußte, bis der Angeklagte ihn nach einiger Zeit herausgab."

Bemerkenswert ist auch die Begründung der Freisprechung des R.:

„Daß dieses Bewußtsein auch bei dem Angeklagten R. vorhanden war, konnte dagegen nicht festgestellt werden und ebenso wenig, daß er überhaupt irgendwie selbständig auf die Art der Vorführung der Bilder im Theater des Angeklagten B. einen Einfluß gehabt hat. Leiter dieses Theaters war B., während R. nur den Apparat nach den Weisungen des B. zu bedienen, damit also eine die Vorführung hinsichtlich der Wahl der vorzuführenden Bilder beeinflussende selbstständige Tätigkeit nicht gehabt hat. Danach kommt R. überhaupt nicht als ‚Vorführender‘ der in Rede stehenden Bilderserien in Frage.“

Bezüglich der beiden anderen Filme wurde in wenigen Sätzen ausgeführt, daß sie nichts enthielten, was beim normal empfindenden Beschauer die Empfindung des Unsitlichen, Schamverletzenden, auszulösen vermöchten.

Die Freisprechung wegen der beiden letzten Filme wäre vermutlich nicht erfolgt, wenn die Strafkammer auch die aus dem Inhalt des Films zu erratenden Handlungen bei der Beurteilung, ob der Film unzüchtig sei, mitberücksichtigt hätte.

Ferner ist noch auffällig die außerordentlich milde Strafe. Daß gegen Kinematographenbesitzer, welche gegen § 184 StGB. sich vergangen haben, sehr milde Strafen erkannt werden, ist eine allgemein, wenigstens bei den mir bekannt gewordenen Urteilen zu konstatierende Erscheinung. Dies halte ich für bedauerlich, denn einmal kann gerade durch die kinematographische Vorführung unzüchtiger Bilder, welche das Leben so naturgetreu wiederzugeben vermögen wie kein starres Bild und keine Schrift, das Sittlichkeitsgefühl in ganz besonders hohem Grade verletzt und unter den Zuschauern, unter denen sich nicht selten viele unreife Burschen befinden, größtes Unheil angerichtet werden, und zweitens verdienen die Kinematographenbesitzer schon an sich im allgemeinen recht gut, ganz besonders aber durch die Vorführung von Filmen, die in irgend einer Weise größere Massen

anlocken, so auch durch unzüchtige Filme, welche, wenigstens in größeren Städten, immer ein dankbares Publikum finden. Da sind 10 Mk. Geldstrafe, ja selbst 100 Mk. kein irgendwie entsprechendes Äquivalent für den pekuniären Vorteil, den der Kinematographenbesitzer von dem Vorführen des unzüchtigen Films gehabt hat. Es ist sonderbar, daß trotzdem verhältnismäßig wenig Fälle bekannt sind, in denen sexuelle Schundfilme vorgeführt worden sind<sup>25</sup>). Zum guten Teil wird dies wohl auch auf die Ermahnungen der Fachpresse zurückgehen, die erfreulicherweise gegen diejenigen, die solche Filme vorführten, energisch Front gemacht hat. In den letzten Jahren scheinen immer weniger Vergehen gegen § 184 StGB. vorzukommen. Dennoch sind mir aus den Berliner Polizeiakten und den Fachzeitschriften eine ganze Reihe bekannt. Da sie aber juristisch nichts besonders Interessantes bieten, erscheint es nicht erforderlich, auf sie noch weiter einzugehen, um so weniger, als die grundsätzlichen Gesichtspunkte, welche bei der Anwendung der §§ 184, 41 StGB. auf die Vorführung unzüchtiger Filme zu beobachten sind, ja schon auseinandergelegt sind<sup>26</sup>).

<sup>25</sup>) Vgl. mein Buch über „Die Schundfilme. Ihr Wesen, ihre Gefahren und ihre Bekämpfung“ (Halle a. S. 1911) S. 30 ff.

<sup>26</sup>) Wie mir aus den in der Abt. VIII des Berliner Polizeipräsidiums gesammelten Urteilen bekannt ist, haben nicht selten untere Polizeiorgane als Zensoren die Vorführung zweifellos unzüchtiger Filme genehmigt. Die betreffenden Kinobesitzer sind trotzdem wegen Vergehens gegen § 184 StGB. verurteilt worden. Da die zensurpolizeiliche Genehmigung ein subjektives Recht nicht verleiht, ist die Anwendbarkeit des § 184 in solchen Fällen an sich nicht ausgeschlossen, doch kann die Schuldfrage hierbei Schwierigkeiten bieten. Daß auch Strafkammern über die Unzüchtigkeit ein und desselben Films verschiedener Meinung sein können, zeigt das von Reichert a. a. O. angeführte Beispiel; immerhin werden bei Juristen und höheren Verwaltungsbeamten nur in an der Grenze liegenden Fällen Fehlgriffe vorkommen. Auch aus diesem Grunde wäre die Einführung einer Reichsfilmzensur erwünscht. Vgl. darüber meine in diesen Tagen erscheinende Broschüre über „Die Filmzensur. Eine rechtsdogmatische und rechtspolitische Erörterung“.